

Berlin, den 19. Februar 2013



Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Friedrichstraße 154

10117 Berlin

Tel.: 030 / 22 48 84 12

Fax: 030 / 22 48 84 14

www.promobilitaet.de

info@promobilitaet.de

Präsidium

Dr. Peter Fischer (Vorsitzender)

Ulrich Klaus Becker

Peter H. Coenen

Dr.-Ing. Walter Fleischer

Hermann Grewer

Stefan Kölbl

Peter Markus Löw

Matthias Wissmann

Geschäftsführung

Stefan Gerwens

Mitglieder

3M Deutschland GmbH

ADAC e.V.

AGES Maut System GmbH & Co. KG

ARBIT – Arbeitsgemeinschaft der Bitumenindustrie e.V.

Autobahn Tank & Rast GmbH

Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft

Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden e.V.

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung e.V.

Bundesverband Mittelständischer Bauunternehmer e.V.

DEKRA e.V.

Deutscher Asphaltverband e.V.

DKV Euroservice GmbH + Co. KG

Fachverband Bitumenemulsionen und Straßenerhaltungsbauweisen e.V.

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

HOCHTIEF AG

Kapsch Telematik Services GmbH

KEMNA BAU

Andraea GmbH & Co. KG

Road Account

STRABAG AG

Tensar International GmbH

Toll Collect GmbH

UNION TANK Eckstein GmbH & Co. KG

Verband der Automobilindustrie e.V.

Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e.V.

Verein Deutscher Zementwerke e.V.

Zentralverband Deutsches Baugewerbe e.V.

Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Gesetzgebung zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturplanung

Frühzeitige Bürgerbeteiligung projektbezogen ermöglichen

Frühzeitige Bürgerbeteiligung soll künftig Konflikte bei der Realisierung von Infrastrukturprojekten verhindern. „Mehr Mitbestimmung der Bürger darf jedoch die Dauer der Planung möglichst nicht verlängern. Der von der Koalition vorgelegte Gesetzentwurf zur Öffentlichkeitsbeteiligung unterstützt die Einbindung der Bürger. Er verzichtet auf eine starke Formalisierung, die Planungszeiten unnötig ausweiten würde“, so Dr. Peter Fischer, Präsident des Infrastrukturverbandes Pro Mobilität.

Er wandte sich gegen Forderungen der Bundestagsopposition nach strikten gesetzlichen Vorgaben, die anlässlich der gestrigen Expertenanhörung im Bundestag erhoben worden waren. Neben einer zu geringen Einbindung sei vor allem die Länge der Verfahren eine wesentliche Quelle der Unzufriedenheit der Bürger mit Infrastrukturprojekten. Oft erstreckten sich diese schon heute über mehr als ein Jahrzehnt. Durch zusätzliche formale Pflichten drohe den Infrastrukturprojekten weiterer Verzug. „Zeitpunkt und Form der Bürgerbeteiligung sollten zum Projekt passen und nicht in ein Korsett gezwängt werden“; forderte Verbandspräsident Fischer.

Eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung erhöhe nicht nur die Akzeptanz in der Bevölkerung, sie könne auch Teile späterer gerichtlicher Auseinandersetzungen vermeiden. Deshalb sei zu erwarten, so Fischer, dass Vorhabenträger die Bürger auch ohne starre Vorgaben im Einvernehmen mit den Behörden in der Zukunft verstärkt nutzen würden. Der Gesetzentwurf der Koalition trage dem Rechnung.

Weitere Informationen: Stefan Gerwens, Geschäftsführer Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.